



CEO und VR-Präsident in einem

Gemeindepräsidentin oder -präsident zu sein, ist anspruchsvoll. Gerade in der Ostschweiz. Kooperationen könnten helfen.



Im Kanton St. Gallen verdienen Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten im Schnitt wohl zwischen 170 000 und 190 000 Franken im Jahr.

Bild: Keystone

Renato Schatz

Einer spricht von 200 Überstunden pro Jahr und bis zu zwei Wochen Ferien, die er nicht beziehen könne. Einem anderen wurden die Veloreifen zerstochen. Er bekam auch wütende Briefe. Und wiederum ein anderer fällt wegen Erschöpfung aus. Was aktuelle und ehemalige Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten über ihren Beruf erzählen, klingt besorgniserregend.

Bloss: Was tun? Und warum das alles?

Nun, zunächst einmal gibt es relativ viel «Schofseckelzulage», wie ein Leser dieser Zeitung den Lohn von Gemeindevorsteherinnen und Gemeindevorstehern kürzlich nannte, da sie überall den Kopf hinhalten müssten. Im Kanton St. Gallen verdienen sie im Schnitt wohl zwischen 170 000 und 190 000 Franken im Jahr, bei einem Einhundert-Prozent-Pensum.

CEO und Verwaltungsrat in einem

Patrick Aeschlimann ist Polito-

loge am Zentrum für Gemeinden (OZG) der Fachhochschule Ost. Dieses sei eine «Drehscheibe für Gemeindeangelegenheiten». Das bedeutet konkret: «Wir sind eine Anlaufstelle und begleiten Städte und Gemeinden in Entwicklungsprozessen. Hierfür bieten wir Expertisen zu allen möglichen Themen an, für die eine Gemeinde zuständig ist. Von Raumplanung bis hin zur sozialen Arbeit.» Auch forscht das OZG in Gemeindethemen.

Einer der Gründe für den ho-



hen Stresslevel in den Büros der Ostschweizer Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten ist laut Aeschlimann die personelle Organisation der Gemeinden. Aeschlimann sagt: «In unserer Region sind die Gemeindepräsidenten häufig sowohl operativ als auch strategisch tätig.» Sie treten also quasi als CEO und Verwaltungsratspräsident in einem auf.

Er nennt ein Beispiel: «Wenn man im Rat entscheidet, als Gemeinde nachhaltiger werden zu wollen, würde ein Ostschweizer Gemeindepräsident die Umsetzung des Entscheids häufig höchstpersönlich in Angriff nehmen.» Das führe dazu, dass die Pensen in der Ostschweiz vergleichsweise hoch seien. «Gesamtschweizerisch hingegen geht der Trend in Richtung stärkerer Trennung von politisch-strategischen Entscheiden und deren operativer Umsetzung in der Verwaltung», sagt Aeschlimann.

Die schönen Seiten des Berufs

Sakrosankt ist die Doppelfunktion jedoch nicht. «Jede Gemeinde kann selber entscheiden, ob der Präsident verwaltungstechnische Aufgaben übernimmt oder nicht», sagt Bernhard Keller, Geschäftsführer der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP). Er erzählt von Gemeinden wie Flawil oder Wittenbach, die seit einiger Zeit mit dem sogenannten «Geschäftsleitungsmodell» arbeiten, mit dem Aufgaben des Rates weiterdelegiert werden. Ist die Anpassung der

Organisationsstrukturen die Lösung?

Keller glaubt nicht, «dass das System im Kanton St. Gallen kränkelt». Die personelle Herangehensweise einer Gemeinde hänge von ihrer Grösse ab. «Gerade an kleineren Standorten macht es Sinn, wenn der Präsident auch im Tagesgeschäft eingebunden ist, weil die strategischen Aufgaben aufgrund der Grösse folglich auch weniger sind.»

Ohnehin ist Keller der Meinung, dass der Beruf zu schlecht wegkommt. Er verweist auf die Amtsdauer einiger Gemeindevorsteher, er selbst präsierte 17 Jahre lang die Gemeinde Muolen. Und sagt: «Ich habe zu jeder Familie, zu jedem Haus eine Story. Es ist wie beim Militär: Am Schluss bleiben einem die positiven Sachen in Erinnerung.»

Ein Drogensüchtiger etwa, der unter anderem dank der finanziellen Unterstützung der Gemeinde und der Begleitung der Sozialen Dienste clean wurde, einen Job fand und sogar Teile des Geldes wieder zurückbezahlen konnte. «Ich kann Ihnen sagen: Das macht einen unglaublich stolz.»

Tatsächlich wird von manchen bereits das Treiben in Bern als abstrakt und weit entfernt wahrgenommen. Politik auf Gemeindeebene aber ist nah an den Menschen, nah am Leben. Sie passiert fast direkt vor der Tür. Oder sogar im Büro der Gemeindepräsidentin.

Die Mühlen mahlen langsam

Das laufe dann so, sagt Keller:

«Ein Bürger will mit dem Gemeindepräsidenten sprechen, und zwar nicht mit irgendwem, sondern nur mit dem Gemeindepräsidenten. Er sagt dann, er fordere eine Verbreiterung eines Trottoirs in einem Quartier.» Der Gemeindepräsident trage das Anliegen anschliessend in den Gemeinderat. Und danach werde der Bau des Trottoirs besprochen – und je nach Organisation von Gemeindepräsident, Strassenchef oder Bauverwalter weiterverfolgt.

Es gibt zudem auch Gutachten, juristische Einschätzungen, Kostenvoranschläge, Abstimmungen, Referenden. Kurz: Es dauert. Die Mühlen in den Schweizer Gemeinden mahlen langsam. Und manchmal kommt nicht einmal etwas dabei heraus. Wenn die Bevölkerung beispielsweise nach zwei Jahren Planung eine neue Kita ablehnt. Keller: «Dann muss man sich wieder motivieren können.»

In der Privatwirtschaft ist man dem Gewinn und dem Kunden verpflichtet, auf einer Gemeinde dem Gesetz und der Bevölkerung.

«Noch komplexer und komplizierter»

Es spielt sich eben das ganze Leben in einer Gemeinde ab, vom Trottoir bis zum Drogenentzug. «Man kann aber nicht in allen Lebenslagen Profi sein», sagt Keller. Er habe das Gefühl, dass sich ein paar Leute «der Komplexität des Gemeindegewesens zu wenig bewusst» seien.

Denn komplex ist es: Denkmalpflege, Gesetze über den Bau und Unterhalt der Strassen,



das Sozialwesen, all das und noch viel mehr. Keller sagt: «Problematisch wird es, wenn ein Gemeindepräsident das Gefühl hat, er müsse alles übernehmen, auch in der Verwaltung. Dann wird er gesundheitlich vielleicht Schaden nehmen.»

Gerade, weil «alles noch komplexer und komplizierter» werde, wie Aeschlimann sagt. «Alles hängt zusammen. Der Krieg in der Ukraine lässt die Energiekosten in einem Ostschweizer Hallenbad steigen.» Dagegen müsse der Gemeinderat mit dem Gemeindepräsidenten als Gesicht der Gemeinde schnell Lösungen finden und gegen aussen glaubwürdig kommunizieren. Aeschlimanns Schlussfolgerung: «Die Ansprüche an das Amt sinken sicherlich nicht.»

Fachkräftemangel auch auf der Gemeinde

Will heissen: Man muss entweder sehr viel wissen oder aber Aufgaben delegieren. Keller sagt: «Wenn der Neubau eines Schwimmbades auf den Tisch kommt, dann kann man das für die Detailbearbeitung in gewissen Phasen nach politischen Entscheiden auch der Verwaltung abgeben.» Es sei folglich «wichtig, ein gutes Team zusammenzustellen». Das habe überdies den positiven Effekt, dass der Handlungsspielraum in Verwaltungsberufen erhöht werde. Und so auch deren Attraktivität.

Das ist wesentlich, denn auch in den Verwaltungen herrscht Fachkräftemangel. Keller: «In Muolen suchten wir

eine Zeit lang einen Grundbuchverwalter. Das war schwierig, denn dafür benötigt man ein spezielles Patent.» Irgendwann habe man diesen Verwaltungsbereich mit der Gemeinde Wittenbach zusammengelegt. «Ich bin überzeugt, dass wir solche Kooperationen künftig häufiger sehen werden.»

Diskutiert werden auch immer wieder Fusionen. Ab dem 1. Januar 2023 wird aus den bisher eigenständigen Gemeinden Hemberg, Oberhelfenschwil und Neckertal eine einzige Gemeinde. Laut Keller sind Fusionen «nur eine Möglichkeit, sich organisatorisch neu aufzustellen».

«Die Ansprüche an das Amt sinken sicherlich nicht.»



Patrick Aeschlimann
Zentrum für Gemeinden
der Ostschweizer
Fachhochschule Ost



Bernhard Keller
Vereinigung St. Galler
Gemeindepräsidentinnen und
Gemeindepräsidenten (VSGP)

«Ich habe zu jeder Familie, zu jedem Haus eine Story. Am Schluss bleibt das Positive in Erinnerung.»